

**SPERRVERMERK 17. AUGUST 2018, 10.30 UHR**

## 50 Jahre Diakonisches Werk Pfalz

**17. August 2018**

Hambacher Schloss - Neustadt an der Weinstraße

Präsident

Ulrich Lilie  
Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin  
Telefon: +49 30 65211-1763  
Telefax: +49 30 65211-3763  
praesidialbereich@diakonie.de

## Herausforderungen für Diakonie und Kirche in der offenen Gesellschaft

Sehr geehrter Herr Kirchenpräsident,  
sehr geehrte Mitglieder der Kirchenleitung,  
sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
lieber Herr Landespfarrer Bähr,  
sehr geehrte Mitarbeitende aus Diakonie und Kirche,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

50 Jahre, ein halbes Jahrhundert wirkt das Diakonische Werk Pfalz in die Gesellschaft hinein. Ein schönes Jubiläum, ein Grund zum Feiern, aber auch um einen Blick nach vorne zu wagen. Auf die kommenden Herausforderungen. Ich freue mich, dass ich heute zu Ihnen sprechen darf.

Sie haben für die Feier des Jubiläums das Hambacher Schloss gewählt, und ich finde: gut gewählt. Denn das Schloss ist ein symbolträchtiger Ort, der geradezu einlädt zu Fragen wie diesen:

„Welches Land wollen wir sein? Oder: In welcher Gesellschaft wollen wir künftig leben?“

Solche Fragen spielten auch 1968, im Gründungsjahr des Diakonischen Werkes Pfalz eine entscheidende Rolle. Und ich bin überzeugt, dass sie auch heute diakonische Aktualität haben und diskutiert werden müssen. Darauf werde ich gleich weiter eingehen.

Zum anderen verbindet sich mit der Gründungsgeschichte des Diakonischen Werkes Pfalz vor 50 Jahren auch die Frage, wie Diakonie und Kirche ihrer gesellschaftlich-sozialen Verantwortung heute am besten gerecht werden kann. Wie das Zusammenwirken von verfasster Kirche und freien diakonischen Trägern so gestaltet werden kann, dass sie gemeinsam gesellschaftliche Wirkung erzielen und sich im Zusammenspiel – auch mit anderen – in den Dienst der Gesellschaft stellen können. Auch diese Frage scheint mir wieder von hoher Aktualität zu sein.

Beiden Motiven, die bei der Gründung vor 50 Jahren von Bedeutung waren – der Frage nach der Gestaltung der Gesellschaft und der Frage nach der Rolle von Kirche und Diakonie in diesem Prozess – will ich im Folgenden nachgehen und sie auf unsere aktuelle Situation beziehen.

## Zur politischen Gestaltung der Gesellschaft

### a) Politischer Aufbruch zur Zeit der Restauration im Biedermeier

Ich beginne mit der Frage nach der sozialen Gestalt bzw. nach der politischen Gestaltung der Gesellschaft. Einiges, das uns heute noch prägt, ist mit diesem besonderen Ort verbunden.

Bis 1815 gehörte die heutige Pfalz zur französischen Republik und konnte sich der bürgerlichen Rechte erfreuen, die im Code Napoléon niedergelegt waren. Die Bürger besaßen das Recht auf Freiheit der Person, des Eigentums und des Gewerbes, die Richter waren unabhängig und die Gerichtsverfahren öffentlich, in Strafprozessen urteilten Geschworenengerichte.

Nach dem Ende der Napoleonischen Herrschaft fiel die Rheinpfalz nach dem Wiener Kongress an das konservativere Königreich Bayern, das versuchte, alte Ordnungen zu „restaurieren“. Dies führte zu einer Politik der Abschottung und zu erheblichen Einschnitten bei den Freiheitsrechten. Hohe Zölle und Steuern belasteten die vormals florierende Wirtschaft. Geschichte wiederholt sich bekanntlich nicht, manche Muster sitzen aber offenbar tief.

Als Reaktion auf die französische Juli-Revolution von 1830 handelte der bayerische König so wie es Despoten zu tun pflegen: Er verschärfte die Zensur der Zeitungen, ließ liberale Staatsdiener maßregeln und die Vereins- und Versammlungsfreiheit einschränken. Wir würden heute von Shrinking Spaces der Zivilgesellschaft sprechen.

Den meisten von Ihnen dürfte die Reaktion bekannt sein: Auf den 27. Mai 1832 luden 32 engagierte Neustadter Bürger zu einem Fest auf dem Hambacher Schloss ein. Gemeinsam mit allen „deutschen Stämmen“ sollte neben dem Gedenken an die Verfassung über die politische Zukunft Deutschlands beraten werden.

Dem Aufruf folgten etwa 20.000 bis 30.000 Menschen aus der Pfalz und anderen deutschen Territorien - Männer und Frauen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten, außerdem Delegationen aus Frankreich und Freiheitskämpfer aus Polen. Die Teilnehmer und Redner des Festes forderten neben der nationalen Einheit Deutschlands auch ein „conföderiertes republikanisches Europa“, Presse-, Meinungs-, Versammlungsfreiheit, die Gleichberechtigung der Frauen.

Wegen dieses Ereignisses wird das Hambacher Fest heute auch als Wiege der deutschen Demokratie und – das wird oft vergessen – als Ursprung der europäischen Einigung bezeichnet. Es gilt zu Recht als eines der bedeutendsten Ereignisse der deutschen Demokratiegeschichte.

Dass Sie Ihr diesjähriges Jubiläum an diesem Ort feiern, lieber Herr Bähr, ist ein Statement für einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch, für eine offene und demokratische Gesellschaft, das ich sehr gerne unterstütze.

Mir ist wichtig, dass es dabei anders als bei dem von national-konservativen Kräften im Mai dieses Jahres initiierten „Neuen Hambacher Festes“, nicht darum geht, diesen Ort zu vereinnahmen.

Dass eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern das Schloss nutzt, um sich selbst als „Schweigende Mehrheit“ zu inszenieren, ist eines von vielen Zeichen, die zeigen, dass die Zahl derer größer wird, die das Gefühl haben, mit ihren Anliegen und Interessen kein Gehör zu finden.

Und die, die sich lautstark äußern und selbst inszenieren, artikulieren ihre Meinung oft im Modus der Empörung. Zu viele zeigen, das ist meine Beobachtung, dabei kein wirkliches Interesse an ihrem Gegenüber und der vielleicht anderen Meinung. Wie es den anderen geht, den Empfängerinnen und Empfängern ihrer Social-Media-Kommentare und Reden, was deren

Leben belastet oder was sie vielleicht anders sehen, ist dabei ohne wirkliche Bedeutung. Gespräch findet nicht statt, ist gar nicht gewollt. Stattdessen beherrscht Aufgebrachtheit den Umgangston: „Unerhört! Diese Politiker! Diese Alten! Diese Flüchtlinge! Diese Obdachlosen! Diese besorgten Bürgerinnen und Bürger!“

Die grassierende Empörungslust kennt kein politisches Lager. Sie existiert in rechten, liberalen oder linken Spielarten. Für die Demokratie hat das aus meiner Sicht mindestens zwei fatale Nebenwirkungen: Der Dauerton der Empörung behindert einerseits jeden konstruktiv-kritischen Dialog. Andererseits bewirkt der aufgeregte Ton der medialen, politischen, aber auch im Privaten geführten Debatten, dass zu häufig zwar noch über, aber nicht mehr mit den „lebendigen Gründen“ der Empörung gesprochen wird. Den Menschen nämlich, um die es geht – seien es Obdachlose, Flüchtlinge, oder eben meinetwegen „besorgte Bürger“ – die in den lärmenden Debatten nicht gehört werden. Die Kunst des Zuhörens droht in Vergessenheit zu geraten. Die Kraft des vernünftigen Arguments, die Anstrengung des kontroversen Dialogs, die Kunst des Zuhörens gilt in der „vertalkten“ Republik als vorgestrig. Dabei liegt auf der Hand, dass gerade diese Kunst in einer immer bunter werdenden Bundesrepublik Deutschland der vielfältigen Lebensentwürfe und Kulturen durch nichts zu ersetzen ist.

Ich jedenfalls will in einer friedlichen, gerechten, freiheitlichen und vielfältigen Gesellschaft leben; und ich will, dass das Zuhören, der konstruktiv – kritische Dialog nicht nur für unsere vier Kinder und deren Kinder eine selbstverständliche und von der breiten Mehrheit der Bevölkerung getragene Leitvorstellung in unserem Land bleibt. Das Fäuste-Recken, die kalte Wut in den Gesichtern mancher „System-Kritiker“, der blanke Hass in den Äußerungen vieler Menschen, die nicht einverstanden sind mit dem Kurs der Regierung und unseres Landes, hat viele in den Medien, in der Politik, den Gewerkschaften und auch in der Freien Wohlfahrt oder den Kirchen verstört. Auch mich.

Die aggressiven fremdenfeindlichen Debatten, Wahlerfolge wie der Donald Trumps mit seiner polternden „America First“-Politik oder die Zustimmungsraten für die AfD mit ihrem teilweise rechtspopulistischen Personal, aber auch Recep Erdogans despotische Machtentfaltung in der Türkei zeigen, liebe Damen und Herren: das öffentliche Eintreten und tägliche Arbeiten für eine offene und sozial gerechte Gesellschaft der Unterschiedlichen wichtiger sind denn je.

Das Ausmaß von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, die Verrohung in den sozialen Medien, die groben populistischen Vereinfachungen komplizierter Problemlagen, die nationale Verengung des Denkens sind bestürzend.

Und nichts von dem hilft, die komplexen Herausforderungen der Gegenwart zu bearbeiten. Doch: Wie umgehen mit der verbalen Gewalt und den verbalen Gewalttätern, dem Populismus und den Populisten, die ausgerechnet das Hambacher Fest in Stellung zu bringen versuchen für die irrihe Idee eines abgeschotteten Nationalstaats.

Wie umgehen mit den vielen wütenden, enttäuschten Menschen, die mit ihrer Wut genauso zum bunten Deutschland gehören, wie fastende Muslime, grillende Hipster, grölende Fußballfans, bibelfeste Evangelikale oder konventionelle Schweinezüchter – um wahllos nur einige zu nennen? Diese Fragen treiben mich schon seit einiger Zeit um und haben mich veranlasst, ihnen in einem Buch nachzugehen, das Mitte September im Verlag Herder erscheinen wird.

Mit dem Soziologen Heinz Bude bin ich überzeugt, dass sich „die Wahrnehmung dieser Menschen, ihr Leben sei insgesamt unsicherer geworden (...), nicht mit Wahrscheinlichkeitstheorien wegrationalisieren“ lässt.

Mich beschäftigt – wie viele andere auch – die zunehmende Schräglage in manchen Debatten zwischen „rechts“ und „links“. Es gibt in diesem Land offensichtliche Probleme mit Gerechtigkeit, mit gerechter Teilhabe und dem Gefühl gehört zu werden. Es gibt Probleme mit bezahlbarem Wohnraum, mit ungerechten Zugangschancen zu Bildung und ungleichwertigen Lebensbedingungen, mit abgehängten Stadtteilen und ganzen Regionen, um die sich niemand wirklich mehr kümmert. Und es gibt massive Probleme mit der Art der sich verändernden

öffentlichen medialen und politischen Auseinandersetzung, auch wenn es dabei um berechnete Anliegen wie Zugehörigkeit, Gerechtigkeit und Teilhabe geht.

## **b) Wir brauchen einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch im „Bionade-Biedermeier“**

Wir brauchen keine populistischen Symboldebatten und auch kein Heimatministerium, wir brauchen vielmehr einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch, der Menschen ein Gefühl der Zugehörigkeit vermittelt - und eine Perspektive. In einem sich grundlegend ändernden Land in einem kriselnden Europa in einer sich grundlegend verändernden Welt mit einer dramatischen Ungleichheit und einer ökologischen Jahrhundertherausforderung brauchen wir dringend ein neues politisches und gesellschaftliches Klima, das alle zur Mitgestaltung aufruft und motiviert. Wir brauchen überzeugende und engagierte Volksparteien, Wohlfahrtsverbände und Kirchen, die in die chancenreichen, aber derzeit vernachlässigten Stadtviertel, Dörfer und Landstriche in diesem Land zurückkehren: an die Orte, in denen nicht nur die öffentlichen Briefkästen, sondern oft die gesamte soziale Infrastruktur verschwunden ist.

Die gute Nachricht ist, dass dieser gemeinsame Aufbruch von Zivilgesellschaft und Politik bereits begonnen hat. Auch unsere Diakonie-Unerhört-Kampagne, die von 2018 bis 2020 laufen wird, will wachrütteln und zugleich aufzeigen, dass die Diakonie zuhört, Lösungen bereithält und eintritt für eine offene und vielfältige Gesellschaft. Erste Reaktionen auf die Plakate „Unerhört! Diese Obdachlosen.“ Unerhört! Diese Flüchtlinge. oder Unerhört! Diese Alltagshelden.“ zeigen, dass sie einen Nerv trifft. Dass Diskussionen über soziale Gerechtigkeit und das Miteinander in unserer Gesellschaft begrüßt, ja regelrecht gesucht werden. Wir wollen als Diakonie diese Diskussion mit anderen anstoßen und führen, wir wollen zur Plattform für einen Diskurs rund um soziale Teilhabe werden und auf diese Weise die Demokratie stärken.

Das beginnt – wie alle Diakonie - zuallererst mit qualifiziertem Zuhören, mit Verstehen-Wollen meines Gegenübers, mit echtem Interesse an der Lebenslage der Anderen.

Mit Zuhören und mit Reden allein ist es freilich nicht getan: Die Glaubwürdigkeit von Demokratie, Rechts- und Sozialstaat muss sich vor der jeweils eigenen Haustür bewähren. Jeden Tag. Der Soziologe Hans Joas hat dies in unserem aktuellen Jahresbericht so formuliert: „Wer will, dass Menschen sich für den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen, muss für erfahrbare soziale Gerechtigkeit sorgen. Das muss sich in den Alltag übersetzen. Für ein Dorf in Mecklenburg [ich ergänze: oder in der Westpfalz] bedeutet das auch, ob es einen Hausarzt gibt, einen Laden, eine Bushaltestelle und Arbeit.“<sup>1</sup>

Diese Aufgabe überfordert die einzelnen Kommunen, Städte oder auch einzelne Organisationen der Zivilgesellschaft. Sie braucht unsere gemeinsame Anstrengung. Die Anstrengung von Bund, Land, Kommunen und einer starken Zivilgesellschaft.

Ich sehe drei Fragenbereiche, die bearbeitet und angegangen werden müssen, auf denen sich das Zuhören in politisches Handeln übersetzen muss. Jedenfalls, wenn sich die Probleme im Land nicht weiter verschärfen sollen.

Der erste ist eine Glaubwürdigkeitskrise der Politik. Selbst ich wundere und ärgere mich oft über die verklausulierte Art der politischen Kommunikation – und ich bin in Berlin ja sehr nah dran. Manchmal ist sie nicht einmal verklausuliert, sie findet schlichtweg nicht statt. Ich habe in den Jahren in der Diakonie immer wieder erlebt, wie vorhandene Probleme (Pflegenotstand, Armutsbekämpfung, Wohnungsnot, sich vorbereitende Flüchtlingskrise und andere ) schlicht nicht zur Kenntnis genommen oder zur Sprache gebracht wurden. Oft bedauernd und mit der Begründung versehen: „Das ist (dem Wahlvolk, der Wirtschaft, den Parteifreunden und anderen Gruppen.) nicht vermittelbar.“ Das muss anders werden. Solches Nicht-Verhalten nährt genauso tiefe Zweifel, wie das Überspielen von tatsächlichen Versäumnissen. Es muss

---

<sup>1</sup> Hans Joas: Wir brauchen Räume des Zuhörens. In: Diakonie Deutschland, Hinsehen und Zuhören. Jahresbericht 2017, 2018., Seite 23.

möglich sein, auch komplexe Entwicklungen öffentlich anzusprechen und schwierige Entwicklungen der Bevölkerung zu erklären.

Wählerinnen und Wählern sind auch unbequeme Fakten zuzumuten, etwa die Tatsache, dass nationale Gestaltungsmöglichkeiten Grenzen haben, wenn europäische oder globale Herausforderungen zu bewältigen sind. Es muss sichtbar und diskutierbar werden, wie kompliziert es ist, Wege aus einer weltweiten Krise zu finden. Und es sollte auch sichtbar werden, dass es „Umstände“ gibt, die nicht einfach wieder „verschwinden“ werden, sondern die wir zukünftig europäisch und international verantwortlich zu gestalten haben: etwa die weltweiten Migrationsbewegungen, die Folgen des Klimawandels, die Digitalisierung und die Folgen der Globalisierung. Damit sind anspruchsvolle Anforderungen an politische Führung und Kommunikation verbunden; ein öffentliches Verhalten und Handeln, das „die Menschen draußen im Lande“ mit ihren Kompetenzen ernst nimmt und fordert. Sonst haben die, die an einer „hergestellte(n), herstellbare(n) Fraglosigkeit“ arbeiten, ein zu einfaches Spiel.

Entscheidend ist zum Zweiten, die bundesweiten sozialen Ungleichheiten endlich auch als ein bundespolitisches Thema zu benennen.

Herausforderungen wie die Wohnungsnot oder die soziale Infrastruktur müssen jetzt wirksam, das heißt die föderalen Strukturen übergreifend, bearbeitet werden. Ein besonderes (sozial-)politisches Augenmerk muss dabei den „abgehängten“ Verliererregionen gelten. Ich halte es für dringend geboten auch in diesem Zusammenhang über die Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Kommunen nachzudenken und eine intensive Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Länder anzustreben. Auch Bundestagswahlen werden vor Ort, in der Kommune, gewonnen oder verloren.

Die Kommunen, die jahrzehntelang in einer verhängnisvollen Abwärtsspirale aus defizitären Einnahmen und steigenden sozialen Pflichtausgaben gefangen sind, müssen neue Gestaltungsräume gewinnen. Und sie sollten diesen neu zu gewinnenden Gestaltungsraum nicht im „Stand-Alone“-Modus der Verwaltung, sondern kooperativ mit der örtlichen Zivilgesellschaft, den Unternehmen genauso wie den Sportverbänden, den Kultureinrichtungen, den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchengemeinden, der Synagoge oder der Moschee nutzen. Hier böten sich von der Bundesebene finanzierte kommunale Entwicklungs-Fonds an, um die sich Kommunen mit ihren vor Ort partizipativ entwickelten Konzepten etwa in einem Landeswettbewerb bewerben können.

Auch wenn Kommunen seit fünf Jahren wieder Überschüsse erwirtschaften, hat die Erholung auf Bundesebene längst nicht alle Kommunen erreicht. Die Konsequenzen sind überall im Land spürbar: Die Qualität öffentlicher Dienstleistungen, die soziale Infrastruktur, insbesondere die Lebenschancen der nachkommenden Generationen, stellen sich je nach Kommune oder Landkreis heute völlig unterschiedlich dar.

Es muss um gleich-wertige, keineswegs gleich-förmige, Lebensverhältnisse gehen, in denen Menschen sich beheimaten können. Das muss zu einem vorrangigen Handlungsziel der Politik werden. Denn die innere Zustimmung zu unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung hängt entscheidend davon ab, ob vor Ort, in der Kommune, im Stadtteil oder im Dorf tatsächlich Zugehörigkeit und Zusammenhalt erfahren wird – oder eben nicht. Darum sind die erforderlichen Mittel für annähernd gleichwertige Lebensverhältnisse in den sehr ungleich ausgestatteten Kommunen sicherzustellen. Denn in den Kommunen entscheidet sich, ob der gesellschaftliche Friede und Zusammenhalt trägt. Das gilt mit Blick auf alle wichtigen Politikbereiche. Auch die Erfolge oder Misserfolge der Integration von Geflüchteten erweisen sich für die Menschen letztlich in ihrer konkreten Nachbarschaft. Die Kommune ist heute erst recht der Ernstfall der Demokratie.

Einen dritten Schritt (auch auf dem Weg zu der beschriebenen kommunalen Schwerpunktförderung) könnten bundesweit zu organisierende kommunale runde Tische bilden: Bürgerkonferenzen, bei denen vor Ort alle zivilgesellschaftlichen Gruppen wie Vereine, die Kirchen, die Kultureinrichtungen, die Unternehmen wie die Gewerkschaften, die Verbände wie auch Vertreter der örtlichen Politik kommunale Mitwirkungsvereinbarungen zur Verbesserung der Teilhabe, der Lebensverhältnisse und der Lebensqualität schließen.

Denn wir alle tragen eine gemeinsame Verantwortung für den sozialen Frieden und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Wir brauchen so etwas wie einen neuen Gesellschaftsvertrag in einer sich grundlegend verändernden Gesellschaft in Deutschland, die älter, bunter, digitaler und ungleicher wird. Auch die unser Jahrhundert prägenden globalen Phänomene rufen nach neuen Instrumenten der Bewältigung und der Beteiligung, die vor Ort kooperativ und partizipativ gestaltet sein wollen, wenn sie dauerhaft erfolgreich sein wollen.

Der Dresdner Theologe Frank Richter, der in seinem Bemühen mit den „Spaziergängern“ von Pegida ins Gespräch zu kommen, bekannt geworden ist, schlägt sogar ein gesamtgesellschaftliches Brainstorming vor, um eine Debatte über die Verfassung nachzuholen, die nach seiner Meinung in den Jahren nach 1989 versäumt wurde. Möglicherweise muss man auch andere Formen der Bürgerbeteiligung erproben. Ich lese mit Faszination über die ausgeloste Bürgerversammlung in Irland, die einen Querschnitt der Bevölkerung abbildet. Sie tagt über einen definierten längeren Zeitraum mehrfach am Wochenende, hört Experten an, diskutiert und berät das gewählte Parlament in schwierigen Fragen wie Abtreibung und Klimapolitik. Dieses Verfahren nimmt die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger ernst und teilt die Last der Verantwortung für die Landespolitik einmal anders.

Unser Land braucht auf den unterschiedlichen Handlungs-Ebenen Angebote mit neuen Formen intelligenter Partizipation, um den anstehenden Herausforderungen durch Demografischen Wandel, Klimawandel, Migration und Digitalisierung gemeinsam begegnen zu können. Aus dem Zuhören folgen Teilhabe und Mitverantwortung.

Und was hat das alles mit den Aufgaben der Diakonie zu tun, werden sich vielleicht einige unter Ihnen fragen? Sehr viel: Denn Diakonie und Kirche können und sollten in diesen Prozessen eine wichtige Rolle übernehmen. Auch deswegen brauchen wir einen neuen, gemeinsamen Aufbruch, auch in Kirche und Diakonie.

### **Diakonie und Kirche als Chance für neue Aufbrüche**

Kirchengemeinden bieten in Deutschland immer noch eine hohe sozialräumliche Vernetzung, die sonst nur noch Bäckerei, Apotheken und vielleicht noch Tankstellen aufweisen: Jedes Dorf hat seine Kirche. - Darum sind sie für das Einüben eines sich bereichernden Zusammenlebens der Verschiedenen ein wunderbar geeigneter Lernort und sozialer Kristallisationspunkt. Wo, wenn nicht im Umfeld der Kirche, besteht die Chance, unterschiedliche Formen und Ausprägungen von Exklusion zu überwinden. Auch die Exklusion der sozial und materiell Benachteiligten. Leider ist die Gemeindewirklichkeit oft „bürgerlich“ dominiert.

Deswegen sollten wir weiterhin beteiligungsorientierte und öffnende Formate entwickeln, eben für alle zugängliche Formen „der Bekräftigung des Evangeliums vor der Kirchentür“. Solche Formen von Gemeinde können an die Ausstrahlung der ersten Gemeinden anknüpfen, die sich als Gemeinschaft der Verschiedenen von der Praxis ihrer Umwelt augenscheinlich unterschieden.

Wir in Deutschland mit unserer hochdifferenzierten Diakonie können Veränderungsprozesse im Sozialraum gemeinsam mit den Kirchengemeinden anstoßen; die Arbeit mit Geflüchteten oder neue Modelle von Aktivierung und Vernetzung von Senioren gerade in ländlichen Räumen bilden bereits überzeugende Beispiele.

Wie schaffen wir in ländlichen Kontexten genauso wie in den Quartieren der Städte einen lebensnahen und menschenfreundlichen Mix von haupt- und ehrenamtlichen, nachbarschaftlichen Versorgungs- und Begleitungsformen für die immer älter werdenden Menschen unter uns, die vor Ort alt werden wollen – ohne dass sie vorschnell in Heimen stationiert werden müssen? Da können interessante und zukunftsfähige soziale Netzwerke entstehen, die auch der Siebente Altenbericht der Bundesregierung beschreibt: Caring communities, sorgende Gemeinschaften - inspiriert aus dem Geist des Evangeliums. Es gibt

schon viele gute Beispiele solcher gelingender Kooperation. Sie sind für mich eine sehr glaubwürdige, überzeugende und mit Händen zu greifende Form der Verkündigung des menschenfreundlichen Gottes.

Wie nutzen wir künftig noch stärker die Intelligenz, die Ressourcen und die Kreativität von Kollektiven und Netzwerken? Wie organisieren und schaffen wir mit Anderen zukünftig gemeinsam entwickelte, komplementäre Lösungen für das Gemeinwesen, für das gelingende Zusammenleben vor Ort? Welche Beiträge kann Kirche dazu leisten und was erfordert das auch von der institutionalisierten Diakonie als Mitspielerin? - Ich bin überzeugt, es geht vor allem um eine Haltung. Um die Art, wie wir uns auf unsere sich verändernde Welt und unsere sich verändernde konkrete Nachbarschaft einlassen. Das gilt auch für die Kirchen in Ländern, in denen Diakonie ganz anders organisiert ist. „Kirche und Diakonie mit Anderen“ - das wäre in Weiterentwicklung eines berühmten Diktums Dietrich Bonhoeffers die dazu passende Leitvorstellung in einem pluraler, bunter und älter werdenden Umfeld.

Wir sollten neue Kompetenzen dafür entwickeln, wenn sich Lebens-Wirklichkeiten (Plural!) im digitalen Zeitalter schnell und netzwerkartig entwickeln. Wir wollen in Kirche und Diakonie solche Netzwerkkompetenzen systematisch ausbilden helfen und unterstützen. Wir werden uns auf ganz unterschiedlichen Ebenen darauf einstellen lernen, dass sich heute noch Vertrautes und Gewohntes vielleicht schon morgen ändert. Auch wir auf der Bundesebene probieren Neues aus, einen Mix aus neuen und bewährten Partnerschaften. Wir planen etwa eine neue Arbeitsstelle, in der Diakonie Deutschland, die EKD und die Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste gemeinsam daran arbeiten werden, missionarische Kirche und profilierte Diakonie zu sein.

Als Diakonie Deutschland arbeiten wir im Berliner Demografieforum mit Allianz, der Bertelsmann Stiftung, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, mit Ministerien und internationalen Top-Wissenschaftlern an Konzepten für die mit dem demographischen Wandel verbundenen vielfältigen Herausforderungen. Auch das ist ein offener Prozess, in dem wir Schritt für Schritt miteinander und voneinander lernen. – Auch die Organisation von solchen gemeinsamen Lernprozessen gehört zukünftig zu den Aufgaben, ein solidarisches oder solidarischeres Gemeinwesen mitzugestalten.

Ich bin der Überzeugung, dass Kirche und Diakonie dort, wo sie sich mit anderen im Gemeinwesen einbringen, auch zukünftig eine wichtige positive Rolle für unsere Gesellschaft spielen werden.

Diakonische Denkansätze und Kompetenzen sind nützlich für unsere vielfältigen Gemeinwesen. Noch mehr, wo es gelingt im Interesse der Menschen mit Partnern aus Politik, Kultur, Wirtschaft etc. zusammenzuarbeiten und gemeinsam mit anderen nachhaltig zur Verbesserung der Lebensqualität im Land beizutragen und so „Teil der Lösung“ der großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu werden. Davon profitieren alle.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und meine herzlichen Glück – und Segenswünsche zu Ihrem Jubiläum, Gottes Segen und sein Geleit und gute Verbündete für die Herausforderungen der kommenden Jahre.